

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 328.

für Anhalt und Thüringer.

Jahrgang 198.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 87. Winterharr.
Telephon 188; Redaktion Telephon 1272. Cing. G. Braunschw. 6.
Verantwortl. Dr. Walter Gebhardt in Halle a. S.

Zweite Ausgabe

Abgabegebühren f. d. halbjährliche Zeitg. ab dem Raum f. Halle 18 Pf., anderwärts 20 Pf. Kant. Zeitungen 20 Pf. Resten am Ende d. redaktionellen Zeils d. Zeile 7 Pf. Wagnis-Einnahme d. E. Spalten in Halle a. S. n. bei allen bekannten Anzeigen-Expeditoren.

Geschäftsstelle in Berlin Bernburgerstr. 3.
Telephon-Nr. VII. Nr. 11 494.
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Sonnabend, 15. Juli 1905.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 15. Juli.

In den Vorkämpfen in Deutsch-Südwestafrika schreibt die Nordd. Allg. Ztg.: Nach einem Bericht des Kommandos der kaiserlichen Schutztruppe für Südwestafrika können zur Zeit für eine Expedition nach Kamerun und Kamerun für eine Expedition nach Kamerun überhaupt nur wenigen solcher Persönlichkeiten in Frage kommen, welche in Stationenorten an der Eisenbahn oder in nächster Nähe derselben bezw. in Uiderbüsch ihre letzte Ruhe gefunden haben. Soweit sanitäre Rücksichten nicht einen Aufbruch der Expedition fordern, wird in jedem solchen Falle dem Wünsche auf Heimkehrung gerne entsprochen werden.

Dagegen kann an eine Überführung von Leuten aus entfernt von der Eisenbahn und von der Küste im Innern liegenden Grabstätten erst nach Beendigung des Kriegszustandes gedacht werden. Bedingung hierfür würde sein, daß die Befreiung der Persönlichkeit mit Sicherheit erfolgen kann. Inwiefern dies bei dem in Afrika schnell voranschreitenden Verwesungsprozeß und hinsichtlich der in Massengräbern vereinigten Toten möglich sein wird, muß dahingestellt bleiben.

Das Schutztruppenkommando bemerkt in seinem Bericht, daß die Angehörigen sich verhalten können, daß den Gräbern die den angestricheltesten Verhältnissen entsprechende Pflege und Überwachung gewidmet wird, und daß die Truppe es als Ehrenpflicht betrachtet, in würdiger Weise die Grabstätten ihrer für Kaiser und Reich gefallenen beziehungsweise verstorbenen Kameraden zu schmücken und in stand zu halten.

Als Veranlassungsort für die bevorstehende Marokkanenreise soll, wie man der „Magdebg. Ztg.“ aus London meldet, nunmehr Madrid oder Leningrad in Betracht kommen. Was den Zeitpunkt betrifft, meint man, daß der Zusammentritt im Oktober erfolgen werde.

Kaiser Wilhelm und König Oskar. Aus Göttingen wird uns gemeldet: Donnerstagabend fand an Bord der „Gohensage“ zu Ehren des Königs Oskar ein Diner statt, an welchem 40 Personen teilnahmen, darunter auch der Landeshauptmann Graf Hamilton, Bürgermeister Bergmann und der deutsche Konsul Hensburg. Nachdem das Diner um 10½ Uhr beendet war, begab sich König Oskar an Bord der Königsjacht „Drott“, welche unter dem Salut der deutschen Schiffe nach der Reede von Göttinge abging. Die Stadt Göttinge und der Hafen waren festlich beleuchtet. Freitag mittags 12 Uhr gab König Oskar zu Ehren seiner Majestät des deutschen Kaisers ein Frühstück auf der Königsjacht „Drott“, an dem auch der deutsche Gesandte in Stockholm v. Müller teilnahm. Um 2 Uhr lichtete die Königsjacht „Drott“ die Anker, um den König und den Kronprinzen von Schweden nach Göttinge zu bringen, von wo sie um 2 Uhr 45 Min. die Küste nach Stockholm anzutreten gedenken.

Der deutsche Kaiser hat dem schwedischen Minister des Auswärtigen Grafen Gyldeńskölden den Orden Nordstern 1. Klasse, dem schwedischen Landeshauptmann Grafen Hamilton den Orden Nordstern 2. Klasse und dem deutschen Konsul Hensburg den Orden Nordstern 2. Klasse verliehen. — Der König von Schweden hat E. Maj. unter Stellung a la suite der Marine zum Gesandten ernannt.

Der König von Sachsen ist Freitag nachmittag mit den Prinzen und Prinzessinnen nach Seis in Tirol abgereist.

Generalleutnant Freiherr von Wobesmann, Generaladjutant des Prinzregenten von Bayern, ist nach einer M. D. und an Wunden zum General der Artillerie befördert worden.

Die Chronologietrage in Braunschweig. Dem Reichstagsabgeordneten v. D. am 1., der unlangst eine Adresse betreffend die Chronologietrage in Braunschweig dem Reichstanzler zustellen ließ, deren persönliche Annahme aber von dem Reichstanzler verweigert wurde, ist, wie die „Braunschweiger N.“ melden, von dem Reichstanzler v. D. ein Mißgehit worden, daß der Reichstanzler die Adresse nicht zu beunruhigen gedenke.

Eine neue Vollzugsverordnung wird nach Beschluß des Bundesrats am 1. August eingeführt.

Vorbereitung für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst. Offiziell wird folgendes geschrieben: Zu den gelehrtlichen Aufgaben, die unmittelbar aus der vorigen Legislaturperiode des Landtages in diese übergegangen sind, gehört die anderweitige Regelung der Vorbildung für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst. In bezug auf die gemeinsame Grundvorlage der wissenschaftlichen Vorbildung für beide Zweige des Staatsdienstes ist inzwischen eine praktische Änderung eingetreten durch die seit einigen Jahren bestehenden staatswissenschaftlichen Kurse. Diefelben sollen noch weiter ausgebaut und verallgemeinert werden. Unter diesen Umständen dürfte bereits zweckmäßig davon abgesehen werden, das Universitätsstudium und die Referendarprüfung wiederum zum Gegenstand einer gesetzgeberischen Vorlage zu machen. Anders liegt die Sache betreffend der praktischen Vorbildung für den höheren Verwaltungsdienst. Die Zeit von mehr als einem Jahre, welche die Anwärter des höheren Verwaltungsdienstes neben der ersten Beschäftigung bei einem Amtsgericht im Justizdienst jetzt zu ver-

bringen haben, ist eine nahezu verlorene Zeit, während ungenutzt die zwei für die Einarbeitung in den Verwaltungsdienst übrig bleibenden Jahre der Vorbereitungszeit auch nicht entfernt ausreichen, um sie in der landrächtlichen und kommunalen Verwaltung, dem Regierungs- und Verwaltungsgerichtsdienst nachgemacht auszubilden. Im Interesse eines tüchtigen Nachwuchses für den höheren Verwaltungsdienst wird es daher bei der jetzigen Einrichtung nicht bewenden können. Man dürfte sehr bald mit einem abermaligen Versuche zu rechnen haben, an die betreffende Gesetzgebung die bessere Hand anzulegen.

Schlag ein Betriebsunfall. Die Frage, ob Schlag als Betriebsunfall anzusehen sei, ist vom Reichsversicherungsamt bejaht worden.

Ein Arbeiter A., der am Tage im Betriebe tätig gewesen war, brach am Wege nach seiner Wohnung gegen 6 Uhr abends im Sommerputz an und fiel. Die Berufsgenossenschaft lehnte jede Rentenzahlung an die Hinterbliebenen des Verstorbenen ab, da A. infolge eines Herzleidens verstorben sei, ohne auch die Höhe der Herzkrankheit begründet haben. Das Schiedsgericht erachtete aber einen Betriebsunfall für vorliegend und sprach den Hinterbliebenen eine Rente zu, da nach den angestellten Beschlüssen der Tod des A. nicht eingetreten wäre, wenn nicht besondere Umstände, die mit dem Betriebe im Zusammenhang stehen, hinzukommen wären. A. habe während der heiligsten Tageszeit eine über den Rahmen der üblichen Betriebsarbeit hinausgehende Tätigkeit auszuüben gehabt; auch habe der Wind die Betriebsstätte mehr berühren können. Das Reichsversicherungsamt bestätigte die Berufung, indem es in Betracht zog, daß die Herzkrankheit des A. offenbar durch die Hitze begünstigt sei, welche mehr als 30 Gr. C. betragen habe. Voraussetzung eines Betriebsunfalls sei, daß der Betrieb die Heilung des Körpers, die den Tod wesentlich verursacht habe, durch Umstände erheblich gefördert habe, die im Betriebe liegen. Dies müsse aber mit dem Schiedsgericht vorliegend angenommen werden.

Zimmer unterkühmt tritt die Sozialdemokratie auf. Es ist, als habe sie im Deutschen Reiche schon das Fest in ihren Händen und als habe sie von der Staatsgewalt nichts, gar nichts zu fürchten. In der Breslauer „Volkswacht“ vertritt die Sozialdemokratie des dortigen sozialdemokratischen Vereins einen Rufus zugunsten der russischen Revolutionäre, der alles bisher von der deutschen Revolutionspartei Geleitet übertritt. Wir verzeichnen daraus die folgenden Sätze:

„Zur Unterjüngung der im Jazentum um ihr Leben, um ihre Freiheit, um ihre Menschenwürde kämpfenden Sozialisten und Arbeitern hat der sozialdemokratische Verein für Breslau beschlossen, Sammelheften herauszugeben, damit jedem Freiheitskämpfer in diesen Gelegenheiten gegeben ist, nach Mitleid zu helfen, Rat und Geld zu spenden.“

Die russischen Revolutionäre kämpfen nicht nur für sich, sondern für das gesamte Proletariat, nicht zum Wohne für uns Deutsche, denen das russische Schwergewicht bisher ein Hauptbedenken zur Erlangung der Freiheit aus Jazentumschicht und Kapitalverdrängung gewesen ist.

Unsere Sache handelt es sich, wenn in Russland die Freiheit grausam zu werden vermag, wenn die Reiten Russlands dem barbarischen Schwergewicht zum Opfer fallen. Unsere Sache handelt es sich, wenn es, wie wir von ganzem Herzen hoffen, dem russischen Volke gelingt, das verdrängende Jazent zu stürzen.

Unsere Sache handelt es sich, wenn die russische Korruption, als Herr der internationalen Reaktion, nicht mehr von den Wangen der europäischen, namentlich der deutschen Reaktionäre gespült werden kann.

Jeder trage seine Arbeit für die Unterjüngung der Wenden in Russland bei! Fest, daß die Revolution in Rußland freier werden, damit auch uns die Bahn frei werde zur Erlangung der Freiheit!

Soweit hat es bei uns das laisssezaller gebracht, daß in deutschen Blättern, noch dazu in einem offiziellen Schriftstücke der bisher verächtlichsten Sozialdemokratie, eine so aufwieglerische Sprache gebraucht werden kann. Ist denn die deutsche Staatsgewalt machtlos gegen eine so ungeheuerliche Provokation, die sich nicht nur wider den mit unserem Kaiser befreundeten Zaren, sondern gegen die deutschen Monarchien selbst richtet? Der Vorstand der Breslauer Sozialdemokratie predigt den Aufbruch! Was das in einer Provinz zu sagen hat, die zu einem großen Teile durch die staatsfeindlichen Agitationen der Polen, die ja auch in der russischen Revolutionsbewegung mit in erster Linie stehen, aufgewiegelt ist, wird man wohl nirgendwo verkennen.

Der Krieg in Ostasien.

General Luowitsch telegraphiert unter dem 13. Juli: Nach einem vom 12. Juli datierten Bericht von General Liapourow hatte eine unserer Abteilungen in der Nacht vom 10. zum 11. Juli einen Bajonettkampf mit beträchtlichen feindlichen Streitkräften zwischen Jelang und Wladimirowa auf Sachalin.

Der Wiederbesatz der russischen Flotte. Im Ausland wird eifrig für den Wiederbesatz der Flotte geworben. Das deutsche Flottenverein, der durch seine Agitation direkt auf das Volk einwirkt und es so daran gewöhnt, in der Schaffung einer Flotte eine allgemein-nationale Sache von größter Wichtigkeit zu sehen. Derartige Vorstellungen können auch in Ausland Wurzel

schlagen, sobald das Vorhandensein einer Flotteverteilung das Interesse der ganzen Gesellschaft an dem Staate gebend habe.

Zu dem von China in Bezug auf die russisch-japanischen Friedensverhandlungen unternommenen Schritt gehen der „Magdebg. Ztg.“ von einem Gewährsmann folgende Bemerkungen zu:

„Das Auftreten Chinas zu rechtzeitigem Schutze seiner Interessen bei der durch die russisch-japanischen Verhandlungen zu erzielenden Abklärung in Ostasien konnte nirgendwo die geringste Überzeugung hervorgerufen. Es würde vielmehr einen auffälligen Mangel an Reifheit hinsichtlich der Rechte und an feinstem Selbstgefühl betrauen haben, wenn die einseitige Regierung den Abschlus der russisch-japanischen Auseinandersetzung, welche doch unermesslich in die Reichsfläche Chinas eingreifen müßte, ungenügend abgewertet hätte. Chinesischerseits wird überdies darauf hingewiesen, daß das Kaiserliche Kabinett bei dieser Aktion zur Wahrung eigener Ansprüche auf der Interessen der Republik einer Dienst leisten, da es der Wiederherstellung eines auf feste Grundlagen gestützten Ansehens in Ostasien in nicht geringem Maße zu staten kommen müßte, wenn die Verständigung zwischen Rußland und Japan sich in denjenigen Punkten, welche die Rechte Chinas betreffen, im Einklang mit letzterer Macht vollzieht. Andererseits würde die einseitige Regierung durch die russisch-japanischen Verhandlungen vorausichtlich zu Einbußen und Verletzungen gedrängt werden, die das Friedenswerk erschüttern und die Wiederkehr einer normalen Lage in Ostasien beträchtlich verzögern würden.“

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Japan. Fast alle bedeutenden Mütter Japans haben mit großer Befriedigung den Umstand hervor, daß Kaiser Wilhelm in den Prinzen Ariugawa und dessen Gattin, die bekanntlich an den Berliner Hochzeitsfestlichkeiten teilgenommen haben, persönlich an Bordof begriffen, und sehen in dieser Auszeichnung eine Gewähr dafür, daß sich die Beziehungen zwischen Japan und Deutschland immer freundlicher gestalten werden.

Die Lage in Rußland.

Der Führer des Grafen Schadow, der früher Sekretär in Petersburg war, erklärte, er gehöre der Kampfgewinnung der sozialrevolutionären Partei an. Graf Schadow habe auf der Liste der zum Tode Verurteilten gestanden.

Ein am Freitag veröffentlichtes Regierungscommuniqué teilt mit, daß die Vorgänge in Kasan während der verflochtenen zwei Wochen das Werk der revolutionären Parteien in Rußland gewesen sind. Deren Verbrechen darauf gerichtet war, das dortige Wirtschaftswesen zu zerschlagen. Bei der Mitteilung von Einzelheiten über den offenen Kampf gegen die für die Ordnung eintretenden Privatpersonen, die Behörden und die Truppen weist die amtliche Mitteilung darauf hin, daß die russischen Arbeiter in Rußland ein fortschreitendes Element bilden; daher sei die Ermordung solcher durch Revolutionäre mehrfach vorgekommen. Das über die jüngsten Bombenanschläge in Rußland bereits Bekannte ergänzt der „Regierungsbote“ durch eine vom 11. Juli datierte Mitteilung aus dem Kreise Tiflis, demzufolge ein Bombenlaboratorium entdeckt worden ist, in dem drei gefüllte und 24 unversehrte Dynamitbomben, sowie gegen 500 Pakete mit Dynamit und Nitroglycerin gefunden wurden. Der Versuch der Sabotanten, eine Explosion zu verursachen, wurde durch die Umficht der Polizei vereitelt. Während der Hausdurchsuchung wurden in den umliegenden Gärten Gewehre und Revolverstücke gemeldet. Ingesamt wurden dort zwölf Personen verhaftet. Ein Sabotant verstarb im Gefängnis Selbstmord.

Sämtliche Angehörigen der Wladimir-Wiener Bahn haben einhellig den Entschluß gefaßt, vom 15. Juli ab die polnische Sprache als Dienstsprache zu benutzen und polnische Anschriften einzuführen. Wenn die Behörde sich der Ausführung dieses Beschlusses widersetzt, so soll eventuell die Arbeit niedergelegt werden.

Vom „Potemkin“. Nach einer Meldung aus Bukarest wird die von ausländischen Blättern verbreitete Nachricht, mehrere Unteroffiziere des „Piotr Potemkin“ seien in die rumänische Armee aufgenommen worden, von der „Agence Roumaine“ in formeller Weise für unbegründet erklärt.

Eine Bombenexplosion in Moskau. Im Keller des Kaufes „Glinka“, das in der großen Nikitskaja, inmitten des bestbesetzten Stadtviertels, belagert ist, explodierte Donnerstag nachmittag eine Bombe. Drei Personen, die sich zufällig im Keller anhielten, wurden in Stücke zertrümmert. Der ganze Keller und die darin befindlichen Sachen sind vollständig demoliert. Man vermutet, daß sich im Keller eine geheime „Bombenfabrik“ befand, in der ein Attentat auf den jetzt in Moskau lebenden General Trepow vorbereitet werden sollte. In der Stadt zirkuliert das Gerücht, daß Trepow sehr viele Drohbriefe von den Führern der revolutionären Partei erhalten habe.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der Handelsvertrag mit dem Deutschen Reich und die Kreditüberstellungen beim Bau von Alpenbahnen vor dem österreichischen Serrenbaue.

Das Herrenhaus hat den Handelsvertrag mit dem Deutschen Reich sowie das Ermächtigungsgesetz betreffend die provisorische Regelung der Handelsbeziehungen mit der Schweiz und Bulgarien angenommen.

Das Herrenhaus nahm ferner die Vorlage betreffend Kreditüberstellungen beim Bau von Alpenbahnen an.

